



Andreas Gervasoni

Gemeinderatssitzung vom Montag, 10. März 2014

## Attraktiveres Angebot für SBB-Tageskarten

Der Dulliker Gemeinderat befasste sich an seiner Sitzung unter anderem mit der Abrechnung der Verwaltung über die SBB-Tageskarten des letzten Jahres. Von den 1460 Tages-GA (Vorjahr 1464) konnten 2013 deren 1226 oder 84% (1286 oder 88%) verkauft werden. Bei Gestehungskosten für vier SBB-Tageskarten von 51'600 Franken konnte ein Verkaufserlös von 48'740 Franken (51'180) erzielt werden. Es resultierte eine Unterdeckung von 2'440 Franken oder 4,7% (420.00 oder 0,8%). Die Detailauswertung brachte folgendes zu Tage: Die Nachfrage vonseiten der Dulliker Bevölkerung mit einem Verkauf von 1069 Tageskarten (1053) hat sogar leicht zugenommen. Es wurden hingegen lediglich 157 Tageskarten an Auswärtige verkauft (233), was einem Rückgang um 76 Stk. oder 32,6% entspricht. Der Verkauf von Tages-GA leidet insbesondere in den Wintermonaten November bis Februar unter einer saisonalen Baisse. In diesen Monaten konnten lediglich 71,8% der Tageskarten abgesetzt werden.

Angesichts der ungebrochen grossen Nachfrage der Dulliker Bevölkerung beschloss der Rat, das Angebot von 4 Sätzen an SBB-Tageskarten beizubehalten. Beim starken Rückgang der Nachfrage seitens der Auswärtigen spielt nach Auffassung des Rates die restriktive Praxis eine Rolle, wonach Auswärtige erst 3 Werktage vor dem Reisetage Tageskarten reservieren dürfen. Deshalb berücksichtigen solche Interessenten in erster Linie andere Gemeinden, welche sich keine solche Zurückhaltung auferlegen. Der Rat beschloss in der Folge, diese Reservationsfrist auf 10 Tage auszudehnen. In den absatzschwachen Monaten von November bis Februar will der Rat mit einem „Last-Minute-Angebot“ die Nachfrage steigern. In dieser Zeit werden die Tageskarten am letzten Arbeitstag vor dem Gültigkeitsdatum der Tageskarte zu einem reduzierten Preis von Fr. 29.00 abgegeben. Als weitere Verbesserung des Angebots können die Dullikerinnen und Dulliker ab sofort die SBB-Tageskarten via Internet bereits ein halbes Jahr im Voraus reservieren. - Der Gemeinderat hofft, mit diesen Änderungen das Angebot noch interessanter gestalten zu können, auch im Hinblick darauf, dass wieder eine volle Kostendeckung erreicht werden kann.

## In Kürze

- **Übergangslösung FW-Fourier:** - Der Rat folgte dem Antrag der Feuerwehrkommission und bestimmte Roger Fluri als neuen Fourier unserer Feuerwehr. Da dieser erst nach Fertigstellung seines Einfamilienhauses nach Dulliken ziehen wird, handelt es sich dabei vorerst nur um eine interimistische Lösung.
- **Höhere Beiträge für Badi-Kärtli:** - Nachdem Olten die Preise für die Badi-Kärtli deutlich erhöht hatte, befasste sich der Rat mit der Frage, wie Dulliken in dieser Frage verfahren soll. Der Rat wollte, dass sich die Gemeinde mit den Eltern die Mehrkosten teilen. Für ein Badi-Kärtli wird somit inskünftig ein Elternbeitrag von 35 Franken erhoben (bisher 20 Franken) und die Gemeinde steuert ebenfalls 35 Franken bei (bisher 20 Franken).
- **„Papageien-Streit“:** - Gemeindepräsident Walter Rhiner informierte den Rat, dass er gebeten wurde, beim „Papageien-Streit“ seine guten Dienste anzubieten. Er habe dies gerne getan und mit beiden Parteien Gespräche geführt. Dabei habe er versucht, vermittelnd und ausgleichend einzuwirken und für Verständnis zu werben. Damit seien seine Möglichkeiten allerdings ausgeschöpft. Auch der Rat bedauert diese unschöne Situation, sieht sich aber ausser Stande, auf den Gang der Dinge Einfluss nehmen zu können.

- **Pensionskassen-Ausfinanzierung:** - Der Gemeinderat war sich nicht ganz einig, was die Grundsatfrage einer Gemeindebeteiligung an der Ausfinanzierung der Staatlichen Pensionskasse PK SO angeht. Einerseits herrscht die Auffassung vor, es gebe die gesetzliche Staatsgarantie, gemäss welcher der Kanton in der Pflicht steht. Auf der anderen Seite befürchten aber einige Ratsmitglieder, dass die Gemeinden in diesem Fall vom Kanton in anderen Feldern Retourkutschen zu erwarten hätten. Auf absolutes Unverständnis stiess beim Rat die Idee, einen allfälligen Beitrag der Gemeinden nach Massgabe der Einwohnerzahl zu verteilen, weil dadurch die strukturschwachen Gemeinden besonders stark betroffen würden.